

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktions- und Geschäftsstelle: Radeburger Straße 10, Dresden
Telefon-Nr. 20011
Erscheinungstage: Montag bis Samstag
Abendausgabe: Sonntag und Feiertage

Verlagspreis: 1,20 M. (inkl. Postgebühren)
Abonnementpreise: Vierteljährlich 4,20 M., halbjährlich 7,80 M., jährlich 14,40 M.
Einzelnummern: 10 Pf.

Druck u. Verlag: Henschel & Reichardt, Dresden, Holtenauerstraße 10
Verantwortlicher: Dr. H. H. H. H.

Reichsfinanzminister Müller geht nach Genf

Der Beschluß des Kabinetts

Berlin, 24. August. Das Reichskabinett hat sich in seiner heutigen Sitzung dahin entschieden, daß für den durch seinen Gesundheitszustand bedauerlicherweise noch behinderten Reichsminister des Auswärtigen der Reichsfinanzminister selbst die Führung der deutschen Delegation für die diesjährige Völkerbundversammlung in Genf übernehmen wird. Der Reichsfinanzminister beabsichtigt, zur Eröffnung der Bundesversammlung, die am 3. September stattfindet, in Genf einzutreffen. Die Dauer seines dortigen Aufenthalts wird vom Verlauf der Tagung abhingen. Allerdings wird sich der Reichsfinanzminister erst zu der Vollversammlung des Völkerbundes (3. September) nach Genf begeben, während bei der Ratstagung die deutsche Delegation der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, v. Schubert, führen wird. Während des Urlaubs Dr. Stresemanns wird der Reichsfinanzminister Müller als stellvertretender Außenminister fungieren.

In politischen Kreisen wird Wert auf die Feststellung gelegt, daß die Entschliessung des Reichsfinanzministers selbst nach Genf zu fahren, nicht in erster Linie auf die Frage der Rheinländerdrängung zurückgeht. Zwar wird Reichsfinanzminister Müller den Außenminister naturgemäß auch bei den Besprechungen vertreten, die, wie jedesmal, so auch zweifellos jetzt neben dem eigentlichen Völkerbundstreffen stattfinden werden. Vor allem aber führt der Kanzler wegen des Bisherigen selbst nach Genf, weil das deutsche Volk in einer so großen und wichtigen Versammlung, an der die hervorragendsten Führer des Auslandes teilnehmen, ebenfalls durch einen verantwortlichen Staatsmann vertreten sein muß. Das gebietet nach der Auffassung politischer Kreise auch schon die Rücksicht auf die kleineren Staaten, mit denen wir zusammenarbeiten, und die bekanntlich immer den größten Wert auf die Respektierung des Völkerbundes durch die sogenannten „Großen“ zu legen pflegen.

Neue Erholungsreise Dr. Stresemanns

Berlin, 24. August. Wie von unterrichteter Seite verlautet, hat die neuerliche Untersuchung Dr. Stresemanns ergeben, daß die als Folgewirkung seiner Erkrankung und der darauffolgenden Karlsbader Kur vorhandene Schwäche nur durch einen neuen mehrwöchigen Erholungsurlaub behoben werden kann, der den Minister von jeglicher Arbeit fernhält. Es ist daher, wie von zuverlässiger Seite verlautet, damit zu rechnen, daß Reichsaußenminister Dr. Stresemann nach seiner Pariser Reise erneut einen mehrwöchigen Erholungsurlaub antritt, der den Minister dann wohl mit Sicherheit seiner völligen Befundung entgegenführen dürfte. Ueber den Ort und den Zeitpunkt seines Aufenthaltes ist eine Entscheidung noch nicht getroffen.

Poincaré will keine Räumungserörterung

(Drachmeldung unserer Berliner Schriftleitung)
Paris, 24. August. Ueber die Art und Weise, durch die Frankreich die von Dr. Stresemann beabsichtigte Erörterung der Räumungsfrage zum Verstand bringen will, machen jetzt die Pariser Blätter neue interessante Angaben. Zunächst wird die sehr wichtige Mitteilung gemacht, daß der französische Ministerpräsident Poincaré die Rheinlandfrage mit Dr. Stresemann besprechen werde. Die französischen Blätter geben zu erkennen, daß dies dem französischen Außenminister überaus angenehm sei, da er so sagen könne, er sei unschuldig daran, wenn das Räumungsproblem nicht vom Tische komme. Briand, dessen Ministerkabinett ja darin besteht, daß er sich durch kluge Taktik um fest formulierte Zusagen herumdrückt, glaubt auf diese Weise wohl die Möglichkeit sich sichern zu können, trotz des Verbleibens der Befragung dann weiter den Friedensapostel zu spielen.

Poincaré soll nun die Absicht haben, dem deutschen Außenminister darzulegen, daß die Räumung der Rheinlande von der Frage der interalliierten Schulden und der Befestigung einer endgültigen deutschen Reparationssumme nicht zu trennen sei. Da nun aber interalliierte Schulden und Reparationszahlungen mit der Befragung nichts zu tun haben, weil der Versailler Vertrag die Befragung nicht als Mittel zur Sicherung der deutschen Dawsleistungen vorgesehen hat, und weil die Frage, auf welche Weise Frankreich seine Kriegsschulden löst, Deutschland nicht das geringste angeht; so ergibt sich die Tatsache, daß Poincaré jede Erörterung der Räumungsfrage von vornherein einfach unmöglich machen will.

Frankreich will eben mit der Uebernahme der Führung der deutsch-französischen Politik durch Poincaré an Stelle Briands — dem nun die erwünschte Belegenheit gegeben ist, sich von der ausschließlichen gewordenen Annäherungspolitik zurückzuziehen — Deutschland klarmachen, daß es auch in Genf anlässlich der Völkerbundtagung auf nichts zu hoffen hat. Vielleicht liegt auch Poincaré jetzt nichts mehr an einem Räumungsgeschäft, weil er glaubt, ohne finanzielle Sonderleistungen Deutschlands auskommen zu können. Deutschland aber steht durch die Weigerung Poincarés, die Rheinlande zu räumen, vor einer gänzlich neuen Lage in seiner Ausgleichspolitik gegenüber Frankreich.

Seipel Führer der österreichischen Delegation

Genf, 24. August. Die österreichische Delegation wird, wie jetzt offiziell bekannt wird, auf der Völkerbundversammlung des Völkerbundes durch den Bundeskanzler Seipel geführt werden. Man erwartet, daß Seipel persönlich mit den Mitgliedern des Finanzkomitees des Völkerbundes Verhandlungen nehmen wird, um die gegenwärtig ruhenden Verhandlungen über die österreichische Investitionsanleihe wieder in Gang zu setzen.

U. S. A. Memorandum über die Flottenstärke

Kellogg wird es der englischen und französischen Regierung überreichen

Washington, 24. August. Die Zeitschrift „Foreign Affairs“ will erfahren haben, daß Kellogg ein vom Präsident Coolidge und dem Chef des Admiralsstabs, Hughes, ausgearbeitetes Memorandum mit auf die Reise gegeben worden sei, in dem die amerikanische Flottenstärke gegenüber der Frage der Flottenstärke der anderen Nationen mit diesem Federhalter unterzeichnet werde. Der Federhalter trage die Devise „Sic vis pacem para pacem“. Die neue Devise, die die alte verdrängt habe, daß, wer den Frieden wolle, den Krieg vorbereiten müsse. Den Krieg vorzubereiten, sei nicht schwer. Schwerer sei es, den Geist für die Erhaltung des Friedens vorzubereiten. An den kanadischen Ministerpräsidenten Mackenzie King gedenke der Bürgermeister der Hilfe, die die kanadischen Truppen Frankreich während des Krieges gebracht hätten, und überreichte ihm eine goldene Medaille. — Kellogg dankte dann für das Geschenk des goldenen Federhalters und versprach, daß mit ihm der Kriegsvertragspakt unterzeichnet werden solle. Der Gemahlin des Staatssekretärs Kellogg wurde von der Tochter des Bürgermeisters ein prachtvolles Blumenbouquet überreicht. Zum Schluß wurden die französischen, die amerikanischen und die kanadischen Nationalhymnen gespielt. Die Staatsmänner trugen sich dann in das Goldene Buch der Stadt Le Havre ein, worauf sie um 7,15 Uhr den Zug nach Paris bestiegen.

Staatsekretär Kellogg begab sich Freitag nachmittag in Begleitung des amerikanischen Botschafters Gerrick ins französische Außenministerium, wo er Briand seinen Auftrittsbesuch machte. Nahezu 3/4 Stunden verblieben die beiden Staatsmänner im Zimmer Briands. Briand verabschiedete sich darauf sehr herzlich von Kellogg. Kurze Zeit darauf erwiderte Briand in der amerikanischen Botschaft den Besuch Kelloggs. Um 6 Uhr nachmittags empfing Briand den japanischen Vertreter für die Vorkonferenz, Grafen Uchida.

Washington bestätigt amtlich, daß unmittelbar nach der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes in Paris Einladungen an sämtliche übrigen Nationen zur Vorkonferenz ergehen werden.

Der amerikanische Staatssekretär bei Briand
Washington, 24. August. Die Zeitschrift „Foreign Affairs“ will erfahren haben, daß Kellogg ein vom Präsident Coolidge und dem Chef des Admiralsstabs, Hughes, ausgearbeitetes Memorandum mit auf die Reise gegeben worden sei, in dem die amerikanische Flottenstärke gegenüber der Frage der Flottenstärke der anderen Nationen mit diesem Federhalter unterzeichnet werde. Der Federhalter trage die Devise „Sic vis pacem para pacem“. Die neue Devise, die die alte verdrängt habe, daß, wer den Frieden wolle, den Krieg vorbereiten müsse. Den Krieg vorzubereiten, sei nicht schwer. Schwerer sei es, den Geist für die Erhaltung des Friedens vorzubereiten. An den kanadischen Ministerpräsidenten Mackenzie King gedenke der Bürgermeister der Hilfe, die die kanadischen Truppen Frankreich während des Krieges gebracht hätten, und überreichte ihm eine goldene Medaille. — Kellogg dankte dann für das Geschenk des goldenen Federhalters und versprach, daß mit ihm der Kriegsvertragspakt unterzeichnet werden solle. Der Gemahlin des Staatssekretärs Kellogg wurde von der Tochter des Bürgermeisters ein prachtvolles Blumenbouquet überreicht. Zum Schluß wurden die französischen, die amerikanischen und die kanadischen Nationalhymnen gespielt. Die Staatsmänner trugen sich dann in das Goldene Buch der Stadt Le Havre ein, worauf sie um 7,15 Uhr den Zug nach Paris bestiegen.

Staatsekretär Kellogg begab sich Freitag nachmittag in Begleitung des amerikanischen Botschafters Gerrick ins französische Außenministerium, wo er Briand seinen Auftrittsbesuch machte. Nahezu 3/4 Stunden verblieben die beiden Staatsmänner im Zimmer Briands. Briand verabschiedete sich darauf sehr herzlich von Kellogg. Kurze Zeit darauf erwiderte Briand in der amerikanischen Botschaft den Besuch Kelloggs. Um 6 Uhr nachmittags empfing Briand den japanischen Vertreter für die Vorkonferenz, Grafen Uchida.

Washington bestätigt amtlich, daß unmittelbar nach der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes in Paris Einladungen an sämtliche übrigen Nationen zur Vorkonferenz ergehen werden.

Die Staatsaufstellung 1929/30 und Steuerpläne

Sozialdemokraten und Demokraten hatten gemeinsam dem von dem verstorbenen Finanzminister Köhler aufgestellten Etat für 1928/29 die Zustimmung verweigert, mit der Begründung, daß er die früheren Reserven restlos aufgebraucht und zum Ausgleich die Einnahmehemmnisse trotz beginnender Ermüdung der Konjunktur wesentlich erhöht habe. Die demokratischen Budgetverweigerer gerieten dabei in Widerspruch mit ihrer eigenen Presse, die seinerzeit bei der Veröffentlichung des Entwurfs dem Minister wegen des von ihm bestellten energiegelassen Sparwillens hohes Lob gezollt und es ihm namentlich als Verdienst angerechnet hatte, daß er mit der Geheimnisräuberlei der Vergangenheit gebrochen und zum ersten Male dem Reichstag seinen Wein über die sogenannten Lössen der Reichsfinanzverwaltung eingegossen habe, indem er eine genaue Uebersicht über die Kassenbestände, die Entwicklung des Betriebmittelfonds und die unverwendeten Einnahme- und Ausgaberechte auf den Tisch des Hauses niederlegte. Nach dieser Aufstellung war am 31. März 1928 noch ein Kassenbestand von 522 Millionen Mark, also über eine halbe Milliarde, vorhanden, der freilich jetzt bereits auf 247 Millionen zusammengeschrumpft ist. Nun stehen die demokratischen und die sozialistischen Kritiker vor der schweren Aufgabe, ihren finanziellen Befähigungsnachweis, den sie bisher nur durch negative Kritik zu betätigen bemüht waren, auf dem dornigen Gelände der Praxis zu erbringen. Die demokratische „Frankf. Ztg.“ gibt anlässlich dieser Lage dem neuen sozialistischen Finanzminister Hilsenring den Rat, auf dem von Dr. Köhler mit so viel Erfolg beschrittenen Wege der Finanzschrumpfung und Sparsamkeit mit noch größerer Energie fortzuschreiten und damit der Tendenz zu einer unkontrollierbaren Ausgabenwirtschaft zu begegnen. Ueber diese nachträgliche Anerkennung seiner Weisheit von links her, die den ihm von derselben Seite bereits früher gezollten Beifall verstärkt, kann der deutsch-nationale Vorgänger des sozialistischen Herrn Hilsenring immerhin mit einiger Genugtuung quittieren.

In den Ruf nach Sparsamkeit wird natürlich jeder mit voller Ueberzeugung einstimmen, der selbst mitten im wirtschaftlichen und beruflichen Leben steht und den harten Steuerdruck am eigenen Leibe verspürt. Wenn man freilich die Finanzlage zunächst nur von der Einnahmenseite her betrachtet, so lassen sich gewisse günstige Momente nicht verkennen. Der Juli hat sogar einen Einnahmerekord aufzuweisen mit einer Milliarde und 82 Millionen Mark. Auch für die kommenden Monate dürfte mit hohen Ergebnissen zu rechnen sein, da die gute Konjunktur trotz vereinzelten Abschwüngen noch anzuhalten verspricht. Außer der Einkommen- und der Körperschaftsteuer weist die Umsatzsteuer ebenfalls steigende Erträge auf, und ebenso haben die Zölle in den ersten vier Monaten des Finanzjahres das Etatsoll um ein gutes Stück überschritten. Dieser Stand der Einnahmen ist ein Beweis dafür, daß Dr. Köhler nicht so, wie es seine Kritiker auf der Linken darstellten, im Unrecht war, wenn er die Einnahmen für den laufenden Etat höher ansetzte. Ein Fehlschlag könnte nur dann eintreten, wenn die Konjunktur im weiteren Verlaufe des Finanzjahres sich rauh erheblich verschlechtern sollte, was normalerweise nicht befürchtet zu werden braucht. Die Mehreinnahmen dürfen aber nicht zu Trugschlüssen verleiten. Es ist doch nicht so, daß das Plus der Reichskasse schlechthin gute Käme, vielmehr gebührend von den direkten Steuern 75 Prozent des Gesamtaufkommens und von der Umsatzsteuer 30 Prozent den Ländern. Außerdem ist kein Verlaß darauf, daß das ganze nächste Finanzjahr ebenso gesegnet sein werde wie das jetzige. Ferner ist zu bedenken, daß die Wirtschaft kategorisch die endliche Berücksichtigung ihres Verlangens nach fähbarer Steuerentlastung fordert, und daß daher durch eine Reform nach dieser Richtung eine Verminderung der Einnahmen in Aussicht steht. Endlich darf nicht übersehen werden, daß auch der nächste Etat nicht um die Notwendigkeit herumkommen wird, die Ueberschüsse des ordentlichen Etats mit zur Deckung der außerordentlichen Ausgaben heranzuziehen. Unter diesen Umständen ergibt sich schon jetzt ein sicherer Fehlbetrag im ordentlichen Etat in Höhe von 600 Millionen Mark. Aus den Ueberschüssen des Jahres 1927 sind im laufenden Etat 125 Millionen eingestrichelt, und weitere 175 Millionen ergaben sich 1927 als Währungsgewinn aus der Prägung von Silbermünzen. Diese einmaligen Einnahmen von insgesamt 300 Millionen fallen im nächsten Etat fort, und außerdem ergibt sich auf Grund des Beginns der Dawes-Normaljahre eine Steigerung der Reparationslast gegen das Vorjahr um 300 Millionen Mark.

Die Erhöhung der Dawes-Tribute fällt zusammen mit der gleichzeitig vom französischen Finanzministerium in einer für das Parlament bestimmten Denkschrift gemachten Feststellung, daß nach Abzug der Kosten für die Befestigungsbatterien und die Kriegsschadhaften sowie der Kriegsschuldenraten für England und Amerika von den deutschen Daweszahlungen ein Nettobetrag von einer Milliarde Franken für das nächste Budget übriggeblieben sei. Damit kann nun Frankreich seine Aufrüstung finanzieren, ohne daß es, wie die Denkschrift hervorhebt, seine Steuern zu vermehren braucht. Bei uns dagegen schieben neue Steuerpläne äppig ins Kraut. Nach Informationen der Linken wird das Spiritalienmonopol, das bereits den verflochtenen Reichstag beschäftigte, sicher wiederkehren. Ferner soll im Vordergrund der Erwägungen eine Erhöhung der